

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen)

Nord/LB: Fragen zum Interview der Kreiszeitung Stuhr, Weyhe, Syke mit dem Ministerpräsidenten am 1.11.2019

Anfrage des Abgeordneten Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen) an die Landesregierung, eingegangen am

In dem o.g. Interview zitiert der Redakteur den Steuerzahlerbund und bittet den Ministerpräsidenten zu erklären, warum Steuerzahler für die Misswirtschaft von Banken haften sollen. Der Ministerpräsident erklärt: „Nach unseren Plänen soll der Steuerzahler in Niedersachsen dafür keinen Obolus entrichten. Derzeit läuft noch das Genehmigungsverfahren der Europäischen Kommission, deshalb kann ich dazu jetzt noch nichts Abschließendes sagen. Aber das ist definitiv unser Ziel.“ Auf eine weitere Nachfrage heißt es: „Wie gesagt, ein Einsatz von Steuermitteln ist nicht vorgesehen. Wenn Sie sich das Konzept ansehen, dann besteht es darin, dass für einen größeren Teil der Risiken das Land Niedersachsen Sicherheiten gewährt. Das erscheint uns nach den erfolgten Bewertungen auch vertretbar. Dieses Vorgehen sorgt dafür, dass das Eigenkapital der Bank entsprechend entlastet wird. Der entscheidende Punkt ist ja nicht, dass die Bank jetzt gerade dringend Geld braucht, sondern bilanziell ist die Eigenkapitalquote - gemessen an den gestiegenen Anforderungen der Bankenaufsicht - zu niedrig.“

In einer Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen durch das Finanzministerium vom 13.5.2019 heißt es zu „Barkapitalbeiträge“: Land Niedersachsen 1.502 Mio. €, Land Sachsen-Anhalt 198 Mio €, Alt-Träger Sparkassen 376 Mio. €, Deutscher Sparkassen und Giroverband 757 Mio. €, „Kapitalentlastende Maßnahmen“ Land Niedersachsen 800 Mio. €. Unter Letzteres fällt unter anderem die folgende Maßnahme: „Durch eine Absicherung des Maritime Industries-Portfolios durch das Land Niedersachsen soll eine zusätzliche Kapitalentlastung für die Bank erreicht werden. Ein Total Return Swap (TRS) auf das Maritime Industries-Portfolio ermöglicht die Übertragung der Chancen und Risiken auf das Land NDS, das wirtschaftlicher Eigentümer des Portfolios wird.“ Weitere Teile der Absicherung betreffen Schiffe und Flugzeuge.

Das Eigenkapital der Nord/LB betrug am 31.12.2017 noch 6.008 Mio. €. Laut Geschäftsbericht 2018 der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH (HanBG) mit dem Alleingesellschafter Land Niedersachsen wurde der Beteiligungswert der Nord/LB im Jahr 2018 „vollständig wertberichtigt.“ Die Bilanz der HanBG weist nunmehr auf der Aktiva Seite einen Betrag von 702.653.604,93 € als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ aus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Abweichungen zur o.g. schriftlichen Unterrichtung des Finanzministeriums hat es in dem Konzept gegeben, was der EU Kommission im Oktober 2019 vorgelegt wurde?
2. Für Risiken in welcher absoluten nominellen Höhe bürgt das Land Niedersachsen über die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft insgesamt bei der Nord/LB, wenn das Konzept umgesetzt würde?
3. Warum soll das Land „wirtschaftlicher Eigentümer“ des so genannten Maritime Industries Portfolios werden?